



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Gerd Mannes, Josef Seidl, Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Richard Graupner, Christian Kligen, Stefan Löw, Roland Magerl, Christoph Maier, Jan Schiffers, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Bundesverfassungsgericht schützen – Zentralismus bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt das aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum PStP gegen Deutschland eröffnete Vertragsverletzungsverfahren aufs Äußerste.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. das Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland zurückgewiesen wird,
2. die EU-Kommission sich nur auf Ihre vertraglich vereinbarten Kompetenzen beschränkt,
3. im Falle eines Verfahrensausgangs zuungunsten Deutschlands ein Austritt Deutschlands aus der EU angestrebt wird.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht ist seit jeher ein Garant für Recht und Ordnung in Deutschland. Nicht umsonst ist es eine der Institutionen, welcher die Deutschen am häufigsten ihr Vertrauen schenken. Ausgerechnet dieses Vertrauen soll nun von der EU-Kommission untergraben werden, indem ihre offensichtliche Kompetenzüberschreitung durch den Vorwurf der Verletzung fundamentaler Prinzipien des EU-Rechts Deutschlands gerechtfertigt werden sollen.

Nachdem bereits festgestellt wurde, dass die Schaffung und Verteilung von mehreren Billionen Euro einen Ultra-vires-Akt darstellte, begibt sich die Kommission mit dem eingeleiteten Verfahren erneut auf eben dieses Gebiet. Diese Meinung vertreten auch angesehenen Juristen, unter anderem Peter Gauweiler.¹

Unsere Verfassung sowie unsere Institutionen sind nicht verhandelbar. Es gilt die übergriffige EU-Kommission zu bremsen und zur Einhaltung der EU-Verträge anzuhalten. Sollte dies nicht möglich sein, ist der Dexit zur Wahrung der deutschen Identität, Verfassung und inneren Ordnung zwingend notwendig.

¹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nach-vertragsverletzungsverfahren-gauweiler-droht-mit-klage-17382793.html>